

TORSTEN OPPELLAND

Matthias Erzberger als Außenpolitiker im späten Kaiserreich

»In der Außenpolitik ein Dilettant« sei Matthias Erzberger gewesen, sein Vorgehen nicht nur in der Außenpolitik gekennzeichnet durch »Unvoreingenommenheit, Dreistigkeit und Anmaßung, die er vielfach auf nach seiner Überzeugung gründlicheres Wissen und größere Urteilsicherheit stützen zu können glaubte« – so zumindest urteilt einer seiner Biographen, Theodor Eschenburg¹. Dieses harte Urteil überrascht um so mehr, wenn man den Untertitel von Eschenburgs Erzberger-Biographie, der »große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform«, bedenkt. In gewisser Weise waren es gerade die von Eschenburg beschriebenen Eigenschaften Erzbergers, seine Unvoreingenommenheit und sein Mut, frühere Positionen im Lichte neuer Erkenntnisse und einer veränderten Realität zu revidieren, ohne dabei Rücksicht auf die Vorurteile der etablierten herrschenden Schicht zu nehmen – was freilich von dieser als Anmaßung und Illoyalität verstanden wurde – sowie schließlich seine Bereitschaft, daraus auch die Konsequenzen zu ziehen, und seine Furchtlosigkeit, auch höchst unangenehme Aufgaben zu übernehmen, die seine Bedeutung als Außenpolitiker ausmachten. Dies soll im Folgenden an drei Beispielen deutlich gemacht werden: erstens, an Erzbergers sich verändernden Positionen in der im Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika so wichtigen Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges; zweitens anhand seiner Rolle beim Zustandekommen der Friedensresolutionen im Reichstag im Juli 1917 sowie schließlich drittens in einem kurzen Ausblick in Bezug auf seine Ideen zur Gründung eines Völkerbundes zur Sicherung des zukünftigen Friedens. Im Grunde hingen alle diese Fragen in hohem Maße mit seiner Einsicht in die Macht und Bedeutung der USA zusammen, die er viel eher als der Großteil der bürgerlichen Politiker des Kaiserreichs realistisch einzuschätzen begann.

Vorab ist allerdings kurz die Frage zu klären, wieso der »große Mann des Parlamentarismus« überhaupt als Außenpolitiker in Erscheinung trat, denn die Außenpolitik war den Kompetenzen des Reichstages in dem streng gewaltenteiligen politischen System des Kaiserreichs weitgehend entzogen. Dies ist mit Händen zu greifen, wenn man sich den Beginn des Ersten Weltkrieges vor Augen führt: Der Krieg begann mit den deutschen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich, welche allein von der politischen Reichsleitung unter der Führung des Kanzlers und des Kaisers, wenn auch unter Beteiligung der militärischen Führung, beschlossen wurden. Entsprechend dem Artikel 11

¹ Theodor ESCHENBURG, Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform, München 1973, 35 u. 20. Es mag sein, dass Eschenburgs Darstellung in dieser Frage durch seine Zeitzeugenschaft und besonders durch seine Nähe zum langjährigen Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, dessen Verhältnis zu Erzberger stets ambivalent blieb, beeinflusst war (vgl. DERS., Also hören Sie mal zu. Geschichten und Geschichte 1904 bis 1933, Berlin 1995).

der Reichsverfassung stand nur dem Kaiser die Entscheidung über Krieg und Frieden zu. Der Reichstag war an der Entscheidung ganz im Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung nicht beteiligt². Erst ex post wurde der Reichstag insofern beteiligt, als seine Billigung der Finanzierung des Krieges, der Kriegskredite, ersucht wurde. Nur über die ureigenste parlamentarische Kompetenz, das Budgetrecht, konnte der Reichstag Einfluss nehmen.

Eben dieses Budgetrecht des Reichstages hatte Erzberger bereits früher mit der Außenpolitik, in diesem Fall der Kolonialpolitik, in Berührung gebracht und dies bereits damals sehr zum Unwillen der etablierten Führungseliten³. Nachdem die Gemüter sich wieder beruhigt hatten und der Reichskanzler Bethmann Hollweg die Führung übernommen hatte, kam es schließlich doch noch zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem äußerst einflussreichen Mitglied des Haushaltsausschusses des Reichstages. Dies führte dann nach dem Ausbruch des Krieges dazu, dass Erzberger mit der Leitung der deutschen Auslandspropaganda, die sich besonders, aber keineswegs ausschließlich an die Katholiken in den neutralen Ländern wandte, und mit mehreren delikaten Sondermissionen betraut wurde⁴. Dabei nahm er tatsächlich die Rolle eines dilettierenden Quasi-Mitgliedes der Exekutive ein. Seine wichtigste Rolle – auch und gerade in der Außenpolitik – spielte Erzberger eben doch in seiner Eigenschaft als Parlamentarier.

I. Erzberger und der U-Bootkrieg

Die oben angesprochene Abstimmung im Reichstag über die Kriegskredite ist bekannt. Nachdem der Krieg einmal begonnen hatte, stimmte sogar die SPD, den alten Grundsatz »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen« über Bord werfend, den Kriegskrediten zu, da sie überzeugt war, dass das Deutsche Reich einen Verteidigungskrieg führe⁵. Erst durch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten wurde das »Augusterlebnis«, die Suggestion, dass es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gebe, perfekt gemacht.

Dass diese Einigkeit des Reichstages letztlich fiktiv war, zeigte sich bald in der Frage der Kriegsziele. In dem Maß, wie dieses Thema die politischen Diskussionen zu beherrschen begann, kam es zu einer neuen politischen Konstellation im Reichstag. Seit dem Scheitern des Bülow-Blocks und mehr noch seit der letzten Reichstagswahl von 1912 war das Zentrum wieder in seine traditionelle parlamentarische Schlüsselrolle einge-

2 Völlig zu Recht hebt Helmut ALTRICHTER, *Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890–1914* (Erlanger Historische Studien 1), Frankfurt/M. u.a. 1977, 10 und 30, diese Tatsache mehrfach hervor.

3 Vgl. zu den berühmten, von Erzberger aufgedeckten »Kolonialskandalen« Klaus EPSTEIN, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Berlin/Frankfurt/M. 1962 (engl. Ausgabe 1959), 70ff., sowie neuerdings, sehr ausführlich Christian LEITZBACH, *Matthias Erzberger als kritischer Beobachter des Wilhelminischen Reichs* (Beiträge zur Kirchen- und Kulturgeschichte 7), Frankfurt/M. u.a. 1998, 293–398.

4 Zu Erzbergers Versuchen, Italien von einem Kriegseintritt auf Seiten der Entente abzuhalten und zu seiner Diplomatie mit dem Vatikan, vgl. wiederum EPSTEIN, *Erzberger* (wie Anm. 3), 138ff. 5 Zur geschickten, an die alte Ablehnung des zaristischen Systems durch die SPD anknüpfende Inszenierung der russischen Bedrohung durch den Reichskanzler Bethmann Hollweg vgl. ausführlich Dieter GROH, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M. u.a. 1973, 634ff.

rückt⁶. Ohne das Zentrum war eine politische Mehrheit angesichts des Wahlerfolgs der SPD, die seit 1912 die stärkste Fraktion stellte, nicht zu erreichen. In den ersten Monaten des Krieges, als die deutschen Truppen vor allem im Westen auf dem Vormarsch waren, bildete sich eine neue, »nationale«, bürgerliche Mehrheit, deren Fundament das Eintreten für massive Annexionen war. Erst durch das Hinzutreten des Zentrums wurde dabei diese bürgerliche Gruppierung zur Mehrheit, der die Sozialdemokratie mit ihrer Ablehnung von Annexionen und dem Beharren darauf, dass das Deutsche Reich ausschließlich einen Verteidigungskrieg führe, gegenüber stand.

Auch Erzberger teilte das Ziel der Errichtung einer deutschen kontinentalen Hegemonie, die durch Annexionen sowohl im Osten wie auch im Westen und die Kontrolle von Satellitenstaaten herzustellen sei⁷. In den ersten Kriegsmonaten galt Belgien auch für Erzberger als das eigentliche Kriegsziel, da dessen Häfen für Deutschland den Zugang zum Weltmeer und damit mindestens die Ebenbürtigkeit mit England sichern sollte⁸. England galt ihm als der Hauptfeind. Das von der englischen Diplomatie ausgearbeitete Vertragssystem, das jedes vorzeitige Ausscheiden einzelner Staaten aus der Allianz gegen Deutschland durch Sonderfriedensabschlüsse verhindern sollte, auf der einen und die englische Seekriegsführung auf der anderen Seite, d.h. die weiträumige Blockade, die die deutsche Hochseeflotte, das gerade vom Bürgertum so verehrte nationale Symbol, zur Untätigkeit verurteilte und zugleich Deutschland vom überseeischen Handel abschnitt, waren die Hauptgründe dafür.

Die USA spielten anfänglich in der öffentlichen Diskussion in Deutschland kaum eine Rolle. Zwar gab es am Beginn des Krieges Hoffnungen, die Vereinigten Staaten würden eine pro-deutsche Politik verfolgen; dies war aber schon aufgrund des deutschen Einmarsches in das neutrale Belgien, der in den USA einhellig verurteilt wurde, vollkommen illusorisch⁹. Die einseitige Ausübung der amerikanischen Neutralität, insbesondere der Export von Waffen und Munition an die Staaten der Entente, sorgten in Deutschland für Ernüchterung, Enttäuschung und eine wachsende Erbitterung gegenüber den USA. Erst mit der deutsch-amerikanischen Kontroverse um den uneingeschränkten U-Bootkrieg, die mit der Lusitania-Krise einen ersten Höhepunkt erreichte¹⁰, trat indes die Tatsache, dass es einen machtvollen Staat jenseits des Atlantiks gab, voll ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit. Auch im Reichstag wurde die Politik gegenüber den USA erst seit 1915 zu einem Thema.

6 Bereits in den 1890er Jahren hatte der damalige Zentrumsführer im Reichstag, Ernst Lieber, in Anspielung auf die parlamentarische Schlüsselstellung seiner Fraktion gesagt, das Zentrum sei zwar *nicht die Regierungspartei, aber die regierende Partei*; zit. nach Rudolf MORSEY, Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: HJ 90, 1970, 49.

7 Vgl. zu Erzberger und zu den Gründen für die nationale Begeisterung beim Zentrum insgesamt Wilfried LOTH, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 75), Düsseldorf 1984, 279ff. Darin kritisiert er die etwas apologetische Beurteilung von Erzbergers Kriegszielpolitik in der ersten Kriegszeit bei EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), und ESCHENBURG, Erzberger (wie Anm. 1), zu Recht, vgl. insb. 281 Anm. 5.

8 Vgl. Lothar WIELAND, Der deutsche Englandhaß im Ersten Weltkrieg und seine Vorgeschichte, in: Deutschlands Sonderung von Europa 1862–1945, hg. v. Wilhelm ALFF u.a., Frankfurt/M. u.a. 1984, 317–353.

9 Vgl. dazu ausführlich Torsten OPPELLAND, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 103), Düsseldorf 1995, Kap. 1, passim.

10 Vgl. ebd., Kap. 2.

Erzberger lehnte eine Politik des Nachgebens gegenüber dem amerikanischen Druck, aus Rücksicht auf die Interessen der Neutralen auf den U-Bootkrieg zu verzichten, anfänglich ab. In einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten und früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstag, Graf Hertling, erläuterte er diesem seine Haltung zum U-Bootkrieg:

Der Reichskanzler schwankte lange und eine Anzahl Herren im Auswärtigen Amt sind überhaupt gegen die Verhängung der Blockade [d.h. der Erklärung des Seegebiets um England zum Sperrgebiet, in dem jedes Schiff einschließlich der neutralen von den deutschen U-Booten versenkt würde; T.O.], da sie zu keinem Erfolg führe und viele Feinde schaffen werde. Ich bin anderer Ansicht. Wenn auch niemand garantieren kann, daß der absolute Erfolg erzielt wird, so wird doch sicher England hierdurch ein ganz erheblicher Schaden zugefügt werden. Ja, vielleicht ist dieser Weg der einzige, um England überhaupt niederzuringen¹¹.

Mit dieser Position unterschied sich Erzberger kaum von den Konservativen und Nationalliberalen, die im Reichstag die Politik der Marineführung um Tirpitz vertraten¹². Der Staatssekretär der Marine sah nach den ersten Erfolgen der U-Boote in dieser Waffe, die er früher eher vernachlässigt hatte, die Möglichkeit, der englischen Seeherrschaft doch noch beizukommen¹³. Auch Erzberger war in erster Linie daran interessiert, England zu schaden; den Schaden für die deutsche Politik, die Gefahren, die eine Antagonisierung der übrigen Neutralen, insbesondere der Vereinigten Staaten, für Deutschland heraufbeschwören würden, schätzte er zu diesem Zeitpunkt noch gering ein. Noch im Juli 1915 riet er dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, nicht auf amerikanische Kompromissvorschläge einzugehen, die den deutschen U-Bootkrieg einschränken sollten¹⁴. Auch in seiner geringen Sympathie für die Repräsentanten der amerikanischen Politik unterschied er sich wenig von den übrigen Politikern der bürgerlichen Kriegszielmehrheit. Gegen Ende des Jahres 1915 schrieb Erzberger zwei Briefe an den Reichskanzler, in denen er Bethmann Hollweg vor dem amerikanischen Botschafter Gerard warnte, ja diesen sogar verdächtigte, ein englischer Agent zu sein¹⁵.

Dennoch gab es bereits in dieser Phase des Krieges Anzeichen dafür, dass Erzberger in wesentlich stärkerem Maße als andere bürgerliche Politiker in der Lage war, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden, anstatt sich auf die Auskünfte der Marineführung zu verlassen. So sah er im U-Bootkrieg weniger die siegbringende Wunderwaffe als ein Instrument, bei dem Nutzen und Schaden genau abgewogen werden musste. In einem Ge-

11 Erzberger an Hertling, 4. Februar 1915, Bundesarchiv Koblenz, Nachlass [NL] Erzberger, 32a.

12 Graf Westarp, der Vorsitzende der deutsch-konservativen Fraktion im Reichstag, hatte Tirpitz schon im Dezember 1914 angeboten, ihn bei der Durchsetzung des U-Bootkrieges gegen Bedenken der politischen Reichsleitung zu unterstützen, vgl. Kuno Graf WESTARP, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. 2, Berlin 1935, 92.

13 Zur Politik der Marineführung und den Bedenken der politischen Reichsleitung s. Bernd KAULISCH, *Alfred von Tirpitz und die imperialistische deutsche Flottenrüstung. Eine politische Biographie*, Berlin (O) 1982, 181ff., sowie Gerhard RITTER, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. III: *Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914–1917)*, München 1964, 145ff. Als Erzberger nach dem Krieg seine Memoiren schrieb, bewertete er Tirpitz' Politik ganz anders als 1915; er warf ihm vor, unerfüllbare Erwartungen geweckt und *die erste tiefgreifende innere Spaltung hervorgerufen* zu haben; Matthias ERZBERGER, *Erlebnisse im Weltkrieg*, Stuttgart, Berlin 1920, 210.

14 Erzberger an von Jagow, 23. Juli 1915, NL Erzberger, 4.

15 Erzberger an Bethmann Hollweg, 1. September und 19. November 1915, NL Erzberger, 32 a.

sprach mit einem Mitarbeiter von Tirpitz, der als Katholik gute Kontakte zur Zentrumsparlei hatte, erklärte er, dass er zwar gegen bindende Erklärungen, also offene Konzessionen an die USA in der U-Bootfrage sei, dass er aber zugleich der Überzeugung wäre, es müsse dafür gesorgt werden, dass *nichts passiert*; damit war zweifellos gemeint, dass es nicht zum Bruch mit den USA kommen dürfe¹⁶. Es gab bei ihm weder eine grundsätzliche Ablehnung des U-Bootkrieges aus völkerrechtlichen Gründen wie bei einem Teil der Sozialdemokraten noch einen blinden Glauben an die Wunderwaffe.

Um den Jahreswechsel 1915/16 erhielt die Frage des U-Bootkrieges in der öffentlichen Diskussion neue Aktualität. Der Chef der Obersten Heeresleitung, Falkenhayn, der zuvor die Entscheidung des Kanzlers, den uneingeschränkten U-Bootkrieg abzubauen, mitgetragen hatte, schwenkte auf die Position von Tirpitz um, was in der Öffentlichkeit schnell bekannt wurde. Im regierungsinternen Ringen um den U-Bootkrieg gewann die Stellungnahme des Reichstages insbesondere für den Kanzler, der auf jede Unterstützung dringend angewiesen war, wesentlich an Gewicht. Darum kam es im Hauptausschuss zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gegnern und den Befürwortern des U-Bootkrieges. Dem Zentrum kam dabei wieder die entscheidende Schlüsselposition für die Mehrheitsbildung zu.

Erzberger versuchte sich auf die neue Aktualität dieses Problems vorzubereiten, indem er das Gespräch mit verschiedenen Vertretern der Marineführung suchte. Die Ergebnisse dieser Unterredungen mit Tirpitz und dem Chef des Admiralstabes, Holtzendorff, hatten jedoch ein Ergebnis, das keineswegs im Sinne der Marineführung war. Tirpitz behauptete, die Marine könne England mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg in sechs Wochen friedensbereit machen, während Holtzendorff dafür immerhin sechs Monate zu benötigen angab. Diese Diskrepanz sowie die glatte Zurückweisung von Erzbergers Vorschlag, erst einmal die Schlagkraft der U-Boote durch eine Blockade der französischen Kohlehäfen zu testen¹⁷, lösten bei diesem erhebliche Zweifel an der Seriosität der Berechnungen der Marine aus¹⁸. Seit dieser Zeit vertrat Erzberger im Reichstag bzw. im Hauptausschuss die Position des Kanzlers, dass der Schaden, den der zu erwartende Kriegseintritt der USA für Deutschland bedeuten würde, erheblich größer sei als der Nutzen des uneingeschränkten U-Bootkrieges.

In den langwierigen parlamentarischen Auseinandersetzungen gelang es Erzberger und dem Kanzler in enger Zusammenarbeit bis zum Oktober 1916, die Zentrumsfraktion davon abzuhalten, sich offen für den uneingeschränkten U-Bootkrieg auszusprechen¹⁹. Bis

16 Eine ausführliche Niederschrift über das Gespräch mit dem Geheimen Admiralitätsrat Schramm ist abgedruckt in: Alfred von TIRPITZ, Politische Dokumente, Bd. 2: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, Hamburg/Berlin 1926, 433f. (Zitat 434).

17 Dies war eine Lieblingsidee Erzbergers, die tatsächlich einige Vorteile hatte; so hätte eine Unterbrechung der englischen Kohlelieferung für Frankreich und Italien verheerende Folgen gehabt, ohne dass neutrale Schiffe in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Indem die Marine angab, dass dieser Plan nicht zu verwirklichen sei, stellte sie den Möglichkeiten des U-Bootkrieges selbst ein schlechtes Zeugnis aus, was Erzberger natürlich nicht entging; vgl. EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 175f.

18 Vgl. ERZBERGER, Erlebnisse (wie Anm. 13), 212ff. Die Darstellung in den Erinnerungen ist durchaus glaubhaft, denn in Gesprächen, die Erzberger mit Carl Bachem führte, dem ehemaligen Zentrumsabgeordneten und Herausgeber der »Kölner Volkszeitung«, der als Befürworter des U-Bootkrieges zu den innerparteilichen Gegnern Erzbergers gehörte, kam er mehrfach auf diese Unterredungen zurück; vgl. Erzberger an C. Bachem, 14. März 1916, NL Erzberger, 44, sowie eine Aufzeichnung von C. Bachem vom 26. Februar 1916, Historisches Archiv der Stadt Köln NL Bachem, 877.

19 S. zu diesen parlamentarischen Auseinandersetzungen OPPELLAND, Reichstag (wie Anm. 9), 115ff.

zum Oktober hatte sich die innenpolitische Lage jedoch erheblich verändert. Nicht zuletzt auf Betreiben des Reichskanzlers war Falkenhayn durch Hindenburg und Ludendorff als neue Oberste Heeresleitung abgelöst worden. Bethmann hatte die Gegensätze zwischen den Militärs, die eher persönlicher Natur waren, überschätzt und gehofft, die enorme Popularität von Hindenburg und Ludendorff, den Siegern von Tannenberg, für sich nutzen zu können²⁰. Tatsächlich gelang es der Marineführung sehr schnell, auch die neuen OHL von der Notwendigkeit des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu überzeugen, wobei diese allerdings aus strategischen Gründen noch etwas mit dessen Beginn abwarten wollten²¹. Als im September 1916 die U-Bootfrage in der Öffentlichkeit erneut heftig diskutiert wurde, zeigte sich schnell, dass Erzbergers kritische Position hinsichtlich des U-Bootkrieges in der Zentrumspartei nicht mehr mehrheitsfähig war. Auf der Sitzung des Reichsausschusses der Partei, die am 26. und 27. September in Frankfurt am Main stattfand, sprachen sich die traditionellen Führer der Fraktion, Peter Spahn und Adolf Gröber, für *scharfen U-[Boot]Krieg* aus; Spahn fasste seine Position zusammen in der Aussage *Hindenburg hat Entscheidung*²². Erzbergers Widerstand gegen diese Position setzte sich nicht durch, seine Argumente hinsichtlich des sicheren Kriegseintritts der USA bei einem Übergang zum uneingeschränkten U-Bootkrieg hatten keine spürbare Wirkung mehr. Damit hatte sich das Zentrum den Nationalliberalen und Konservativen wieder deutlich angenähert, so dass es kaum mehr eine Überraschung war, als im Oktober im Hauptausschuss gegen den Widerstand von Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär des Inneren, Karl Helfferich, eine Resolution angenommen wurde, deren Text von Gröber entworfen worden war und in der dafür plädiert wurde, die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Bootkrieg der Obersten Heeresleitung zu überlassen²³. Für Erzberger war dies ebenso wie für die Regierung eine bittere Niederlage, denn er war sich über die Bedeutung der Resolution vollkommen im klaren, wie aus einem Brief an Hertling hervorgeht: *Wenn Hindenburg sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg entscheiden würde, so könnte meines Erachtens kein Reichskanzler, wer er auch sein mag, eine andere Stellung einnehmen. Das gibt auch Herr von Bethmann Hollweg selbst zu [...]*²⁴.

Dieses Bewusstsein, dass es praktisch niemanden mehr gab, weder in der militärischen Führung noch in der Mehrheit des Reichstages, der seine Bedenken teilte, war neben anderen Faktoren dafür verantwortlich, dass Bethmann in der entscheidenden Besprechung im Hauptquartier am 9. Januar 1917 den Forderungen von Marineführung und Oberster Heeresleitung fast kampflos nachgab und dem Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges zum 1. Februar zustimmte²⁵.

Bis zum Herbst des Jahres 1916 hatte sich Erzbergers Haltung zu den USA bereits beträchtlich gewandelt. Vom begeisterten Annexionisten der ersten Kriegsmonate war er zu einem vorsichtig abwägenden Realpolitiker geworden, der das Machtpotential der

20 Zu der regelrechten »Verschwörung« gegen Falkenhayn s. RITTER, Staatskunst (wie Anm. 13), 226f. u. 235–247 und zu Erzbergers Rolle dabei s. EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 177.

21 Für die Vorgeschichte des Übergangs zum uneingeschränkten U-Bootkrieg ist nach wie vor grundlegend: Karl E. BIRNBAUM, *Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States, April 18, 1916–January 9, 1917*, Stockholm 1958, hier 138f.

22 Die Zitate stammen aus einer protokollartigen Aufzeichnung von der Sitzung von Carl Bachem, NL Bachem, 523.

23 Vgl. zu den Vorgängen im Hauptausschuss OPPELLAND, Reichstag (wie Anm. 9), 142ff.

24 Erzberger an Hertling, 8. Oktober [1916], NL Erzberger, 32a.

25 Vgl. RITTER, Staatskunst (wie Anm. 13), 379f., und BIRNBAUM, *Peace* (wie Anm. 25), 319f.

USA in seine Kalkulation aufnahm, ohne sich von der rein militärischen Schwäche Amerikas blenden zu lassen, wie es die meisten übrigen bürgerlichen Politiker inner- und außerhalb des Reichstages taten. Dieser Wandel hatte auch innenpolitische Implikationen. Die Position des Kanzlers in der U-Bootfrage war aus einer äußerst fragilen parlamentarischen Allianz aus der (Mehrheits-) SPD, den Linksliberalen und dem Zentrum unterstützt worden, die mit dem Schwenk des Zentrums vom Oktober wieder zerbrach. Aber immerhin hatten sich hier bereits zukünftige Möglichkeiten angedeutet.

II. Erzberger und die Entstehung der neuen Reichstagsmehrheit

Bereits im Dezember 1916 begann die Vorgeschichte der Friedensresolution. Als einer von wenigen bürgerlichen Politikern begrüßte Erzberger das deutsche Friedensangebot, das Bethmann Hollweg am 12. Dezember im Reichstag vor den größtenteils völlig überraschten Abgeordneten machte²⁶. Doch nicht nur das Friedensangebot der Mittelmächte, das indes auf wenig Resonanz bei den Kriegsgegnern stieß und dessen Ernsthaftigkeit bis heute umstritten ist, fand Erzbergers Billigung, er setzte auch große Hoffnungen auf das Vermittlungsangebot des amerikanischen Präsidenten Wilson vom 21. Dezember 1916:

Ich hoffe immer noch, schrieb er in einem Brief an Fritz Thyssen, daß die Antwort an Wilson so ausfallen wird, daß ein Eintritt in Verhandlungen [...] wahrscheinlich ist. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich das begrüßen würde, denn ich glaube nicht, daß nach einem weiteren Kriegsjahr, wo wir 30 Milliarden Mark mehr Schulden und 600 000 Mann mehr Tote haben, sich ein günstigerer Frieden erreichen läßt²⁷.

Erzberger war mittlerweile so überzeugt, dass der Krieg allein mit militärischen Mitteln nicht mehr zu beenden war, dass er alle Emotionen, alle Ressentiments über die mangelnde Neutralität in der bisherigen Politik der USA, die die öffentliche Diskussion in Deutschland – zumindest in den bürgerlichen Kreisen – fast völlig beherrschten, beiseite schieben konnte. Er war bereit, Vermittlung, egal woher sie käme, zu akzeptieren. Unterstützung für eine derartige Politik gab es fast ausschließlich beim (innen-) politischen Gegner – der Sozialdemokratie, die Wilsons Initiative ebenfalls beifällig aufgenommen hatte. Die verfassungsgeschichtliche Umwälzung vom Juli 1917 hatte hier ihre »realpolitischen« Wurzeln.

Noch in anderer Hinsicht begann die Vorgeschichte der Juli-Krise im Januar des Jahres 1917. Der sonst so gut informierte Erzberger wusste nicht, dass zu dem Zeitpunkt, als er an Thyssen schrieb, Bethmann Hollweg bereits vor dem Druck der U-Bootkriegsbefürworter zu resignieren begonnen hatte. Bereits am 26. Dezember 1916 hatte es die deutsche Regierung – ohne jede Konsultation mit Reichstagspolitikern – in einem Schreiben an Präsident Wilson abgelehnt, die Friedensbedingungen öffentlich zu nennen; den Sturm in der deutschen Öffentlichkeit, den die Regierung Bethmann aus-

26 Überraschend kam die Unterstützung Erzbergers für diesen Schritt nicht, denn bereits im April 1916 hatte er in einer Denkschrift für das Auswärtige Amt geschrieben, dass *der Frieden durch Verhandlungen herbeigeführt werden* müsse, Denkschrift vom 13.4.1916, BA Potsdam, Akten der Reichskanzlei, 2448, Bl. 47 (die Angaben der Archivalien beruhen auf Recherchen, die vor der Neuorganisation der Archivbestände gemacht wurden, entsprechen insofern nicht dem aktuellen Standort der Akten).

27 Erzberger an Fritz Thyssen, 3.1.1917, NL Erzberger, 60.

gelöst hätte, wenn sie auch nur halbwegs realistische Ziele genannt hätte, hätte sie wohl kaum überlebt. Nachdem die Entente das Friedensangebot der Mittelmächte abgelehnt hatte, kam es dann am 9. Januar 1917 zu der Entscheidung, am 1. Februar den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu eröffnen. Die Politik des Reichskanzlers gegenüber den USA geriet damit endgültig in eine Schiefelage. Auf der einen Seite ließ er den deutschen Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, insbesondere nachdem Wilson sich mit seiner berühmten Rede »Peace-without-Victory«, die sich auch als eine Absage an die Kriegsziele der Entente interpretieren ließ, noch einmal an die internationale Öffentlichkeit gewandt hatte, weiterhin im Sinne einer amerikanischen Vermittlung wirken. Auf der anderen Seite gelang es ihm nicht, beim Kaiser und der Marineführung einen Aufschub des U-Bootkrieges zu erwirken. Das Ergebnis hätte, wie Gerhard Ritter treffend urteilte, verfehler kaum sein können²⁸. Am 31. Januar übergab Graf Bernstorff im State Department gleichzeitig eine Liste deutscher Kriegsziele, die als Grundlage weiterer Vermittlungsbemühungen hätte dienen können, und die Erklärung, dass Deutschland am folgenden Tag mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen würde. Dies musste auf die amerikanische Regierung wie schiere Heuchelei, wie ein »Schlag ins Gesicht« wirken. An eine Fortsetzung der amerikanischen Vermittlung war danach nicht mehr zu denken; vielmehr brachen die USA fast erwartungsgemäß Anfang Februar die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab.

Alle diese Vorgänge spielten sich unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit ab. Auch ansonsten gut informierte Reichstagspolitiker wussten nichts von dem unentdeckten Doppelspiel Bethmanns. Das galt sogar für Erzberger. Am 28. Januar schrieb er in einem Brief:

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg kommt trotz aller Bedenken. Ich habe mich unendlich bemüht, den Termin noch um vier Wochen hinauszuschieben, denn bis dahin sieht man in Wilsons Sache klarer. Ich stimme [...] bei, daß, wenn Wilson die Sache aufgenommen hat, er sie auch zu Ende führen wird. Aber leider ist gegenüber Ludendorff nichts zu machen, und die politischen Behörden haben nachgegeben. Mögen sich jetzt wenigstens die Berechnungen der Marine als richtig erweisen!²⁹

Erzberger war also über die Vorgänge innerhalb der Reichsführung im Wesentlichen zutreffend unterrichtet, nicht aber über die Politik Bethmanns in Washington³⁰.

Die folgenden Monate waren für Erzberger durch zwei Entwicklungen geprägt. Zum einen wurde er durch Graf Bernstorff von der Politik Bethmanns im Dezember 1916 und Januar 1917 unterrichtet, woraus er weit reichende Konsequenzen zog; und

28 RITTER, Staatskunst (wie Anm. 13), 403.

29 Erzberger an Paul Graf Wolff-Metternich, den ehemaligen Botschafter in London, 28.1.1917, NL Erzberger, 60.

30 In diesem Zusammenhang muss auch Erzbergers vielzitiertes Brief vom 16. Januar 1917 an den Reichskanzler (NL Erzberger, 44) gesehen werden, in dem er vorschlug, den uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht offiziell anzukündigen und, wenn es zu Zwischenfällen mit neutralen Schiffen käme, auf Zeit zu spielen, zugleich aber Passagierschiffe zu schonen. Dieser Rat war nicht so »machiavellistisch« und »unehrenhaft« wie EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 182, es darstellt. Vielmehr spiegelt sich darin das fast verzweifelte Bemühen, noch etwas Zeit zu gewinnen, damit Wilsons Vermittlung vor dem aufgrund des U-Bootkrieges zu erwartenden Bruch greifbare Ergebnisse liefern könne. Zudem hatte er die Hoffnung, dass sich die Erwartungen der Marine schon bald als illusorisch herausstellen könnten, so dass man den U-Bootkrieg in seiner uneingeschränkten Form in aller Stille wieder beenden und lediglich den völkerrechtlich einwandfreien Kreuzerrieg beibehalten könne.

zum anderen erhielt er mit zunehmender Dauer des U-Bootkrieges immer mehr Nachrichten, dass dieser keine kriegsentscheidende Wirkung haben werde. Seine Befürchtungen in dieser Richtung wurden insofern vollauf bestätigt.

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich kehrte Graf Bernstorff für einige Monate nach Deutschland zurück, bevor er im Sommer 1917 seinen nächsten Posten als Botschafter in Konstantinopel antrat. In dieser Zeit nahm er zu einer Reihe von Persönlichkeiten aus dem Reichstag und der Publizistik Kontakt auf. Auch mit Erzberger führte er lange Gespräche³¹. Zwar existieren über diese Gespräche keine Aufzeichnungen, ihr Inhalt lässt sich aber durch die Erinnerungen anderer Gesprächspartner von Bernstorff unschwer erschließen.

Der Graf verbarg diesen Gesprächspartnern seine Enttäuschung über das Ende seiner Mission in Washington nicht. Er machte deutlich, dass er *Amerika im falschesten Moment verlassen* musste und dass, *wenn er noch 4 Wochen hätte bleiben können und wenn der U-Bootkrieg aufgeschoben worden wäre*, der Frieden *mit Hilfe Wilsons* erreicht worden wäre. Bethmann habe aus Furcht vor der öffentlichen Meinung in Deutschland, die durch die Annexionisten des Siegfriedenslagers aufgeputscht sei, dem Druck der Militärs nachgegeben. Er, Bernstorff, hoffe noch immer auf Wilsons Friedenswillen. Wenn in einigen Monaten in Deutschland eine Ernüchterung bezüglich der Möglichkeiten des U-Bootkrieges eingetreten sein werde, könne Wilsons Vermittlung noch einmal wirksam werden³².

Auch die Vorgänge vom Dezember 1916 und Januar 1917 bzw. seine Sicht dieser Ereignisse enthüllte er sehr offen. Vor allem machte in einem Gespräch mit einem Reichstagsabgeordneten der FVP deutlich, dass Wilsons Friedensvermittlung von der deutschen Regierung seit Mai 1916 erwünscht gewesen sei. Wilson habe aber zu verstehen gegeben, dass er vor den Präsidentschaftswahlen vom November 1916 nicht aktiv werden könne. Wilson habe trotz der relativ frostigen Antworten der Entente auf seinen ersten Schritt vom Dezember 1916 weitergearbeitet und seine Botschaft an den Senat vom Januar 1917, die »Peace-without-Victory«-Rede, bezeichnete Bernstorff als geradezu »pro-german«. Die Folge von Bethmanns Nachgeben gegenüber der militärischen Führung sei besonders fatal:

Seit diesem Ereignis glaubt niemand mehr der deutschen Regierung; man sagt, sie wisse nicht, was sie wolle, da zwei Parteien [Bethmannpartei – Militärpartei] in ihren amtlichen Äußerungen sich widersprechen. Bethmann habe Wilson zur Friedensaktion gedrängt, und in dem Augenblick, da die Frucht reif war, habe die Militärpartei den Frieden vereitelt. Wilson war auch persönlich tief verletzt, da er seinen Ehrgeiz auf die Friedensvermittlung gesetzt hatte und sein Ziel nahezu erreicht glaubte.

Die Konsequenz, die Bernstorff im April 1917, also nach dem Kriegseintritt der USA, aus seiner Analyse zog, war für die Parlamentarier von besonderer Bedeutung:

31 In einem Brief an Erzberger vom 18. Dezember 1917 erinnert sich Bernstorff *an manchen gemütlichen Abend in Berlin*. Johann Heinrich Graf BERNSTORFF, Erinnerungen und Briefe, Zürich 1936, 141.

32 Theodor WOLFF, Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«, hg. v. Bernd SÖSEMANN (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 54/I u. II), Boppard, 2 Bde., 1984, 488f.

*Wilson würde heute noch gerne Frieden schließen und vermitteln, wenn er eine neue deutsche Regierung – Vertretung des deutschen Volkes, entnommen dem Reichstag als Koalitionsministerium – vor sich hätte*³³.

Diese Äußerung Bernstorffs ist deshalb von so zentraler Bedeutung, weil sie gewissermaßen den »missing link« zwischen Innen- und Außenpolitik darstellt, der in den folgenden Monaten das Handeln der wichtigsten Akteure, vor allem eben auch das von Erzberger, bestimmte. Hier wird zum ersten Mal – und noch dazu von einem Diplomaten, der mit der amerikanischen Politik vertraut war und die führenden Politiker persönlich kannte – in aller Deutlichkeit die Möglichkeit skizziert, dass man erstens durch ein Auswechseln der belasteten Personen in der Regierung und zweitens durch einen Systemwechsel, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise, einen durch Wilson vermittelten Frieden erlangen könne. Die Berufung auf Wilson war insofern wichtig, als er für »Peace without Victory« stand, also für erträgliche Friedensbedingungen und nicht einen alliierten Siegfrieden. Ob diese Einschätzung von Bernstorff zutreffend war oder ob die USA sich nicht vielmehr in einer Phase der Mobilisierung befanden, in der sie an weiteren Friedensvermittlungsaktionen wenig Interesse hatten, ist eine ganz andere Frage³⁴. Für die Parlamentarier und speziell für Erzberger musste die Analyse von Bernstorff überzeugend wirken, bestätigte sie doch im Wesentlichen seine politische Linie vom Jahreswechsel 1916/17.

Unmittelbare Konsequenzen waren für Erzberger aus den Informationen, die er von Graf Bernstorff erhalten hatte, nicht zu ziehen. Der U-Bootkrieg hatte begonnen, Anfang April waren die USA in den Krieg eingetreten und diese Fakten waren nicht mehr zu ändern. Aber bereits wenige Wochen nach dem amerikanischen Kriegseintritt erreichten ihn aus der Schweiz Besorgnis erregende Nachrichten. Die materielle Macht der USA, so schien es, werde in Deutschland gröblich unterschätzt. Am 28. Mai erhielt er von seinem Vertrauensmann in der Schweiz, dem jungen bayerischen Diplomaten Franz von Stockhammern, den er auf seiner italienischen Mission kennen gelernt hatte und der von der Schweiz aus die Verbindung zum Vatikan hielt, übereinstimmende Agentenberichte, die besagten, dass der U-Bootkrieg zwar ein gefährliches Kampfmittel darstelle, aber nicht kriegsentscheidend wirke. Die Verluste, so sei in England die allgemeine Überzeugung, könnten durch den amerikanischen Schiffsneubau ausgeglichen werden³⁵. Für Erzberger waren diese Berichte die Bestätigung für seine Befürchtungen, dass der Krieg im Westen nicht mehr – auch nicht durch den U-Bootkrieg – militärisch zu gewinnen war. Mit dieser Überzeugung war Erzberger von der allgemeinen Stimmung in Deutschland Lichtjahre entfernt. Der bayerische Ministerpräsident Hertling, der nur wenige Monate später das Amt des Reichskanzlers übernahm, so schrieb Erz-

33 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, NL Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 7 (Aufzeichnung über ein *Streng vertrauliches Gespräch mit dem Grafen Bernstorff* vom 29.4.1917).

34 Vgl. Klaus SCHWABE, *Woodrow Wilson. Ein Staatsmann zwischen Puritanertum und Liberalismus (Persönlichkeit und Geschichte 62)*, Göttingen u.a. 1971, 69f. Dort wird die aufgeheizte Atmosphäre in den ersten Monaten nach dem amerikanischen Kriegseintritt beschrieben, in der insbesondere Oppositionspolitiker wie Theodore Roosevelt, aber auch das regierungsamtl. ernannte Propaganda-Komitee unter George Creel die Stimmung gegen Deutschland und die Deutsch-Amerikaner schürten; Wilson konnte schon aufgrund der innenpolitischen Lage schwerlich auf neue deutsche Friedensofferten reagieren. Diese Verschärfung der Stimmung ist auch Bernstorff entgangen. Darüber hinaus war Bernstorff sich auch über die Änderung von Wilsons Gefühlen gegenüber Deutschland, der erst nach einem militärischen Sieg verhandeln wollte, nicht im Klaren, vgl. ebd., 71.

35 Stockhammern an Erzberger, 28.5.1917, NL Erzberger, 41.

berger an Stockkammern als ein Beispiel für den in Deutschland herrschenden Optimismus, habe sechs Wochen Urlaub genommen, um zurück zu sein, wenn der U-Bootkrieg England friedensbereit gemacht haben würde³⁶.

Im Juni 1917 begann Erzberger, aus seinen Erkenntnissen und Überzeugungen die Konsequenzen zu ziehen. Ein erster Schritt waren die berühmten Gespräche mit Oberst Bauer, dem Vertrauten Ludendorffs in Berlin. Darin erzielten beide eine überraschende, aber partielle Übereinstimmung. Bauer war ebenso wie Erzberger über den unverantwortlichen Optimismus, der in Berlin herrschte, entsetzt. Beide waren der Überzeugung, dass die Bevölkerung auf die bevorstehende Enttäuschung hinsichtlich der ausbleibenden Wirkung des U-Bootkrieges vorbereitet werden müsse. Dabei fiel das Wort von der Einrichtung eines Kriegspresseamtes zur Koordinierung der Zensurmaßnahmen *als eine Art geistiges Kriegsernährungsamt*³⁷. So weit beide in Bezug auf die innere Front übereinstimmten, so wenig herrschte Einigkeit über die letztlich zu erreichenden Ziele. Während Bauer und die gesamte Oberste Heeresleitung die Festigung der öffentlichen Meinung als Voraussetzung für das Erreichen des Endsieges betrachteten, der entweder doch noch durch den U-Bootkrieg oder durch eine entscheidende Offensive zu Lande zu erreichen sei, wollte Erzberger lediglich die deutsche Kampfkraft erhalten, um eine vernünftige Ausgangsposition in einem Verhandlungsfrieden für Deutschland zu sichern. Dass sein Trachten auf einen Verhandlungsfrieden zielte, geht eindeutig aus einem Brief hervor, den er nur einen Tag nach seiner Unterredung mit Bauer schrieb und in dem er seine Überzeugung ausdrückte, dass *der Frieden von 1917 [...] unter allen Umständen besser werden [würde] als ein Friede von 1918*³⁸. Letztlich zielte Erzberger darauf, die von Bernstorff vorgedachte Strategie jetzt umzusetzen und durch eine parlamentarisch kontrollierte Regierung, der Entente bzw. in erster Linie den USA ein neues Friedenssignal zu geben. Ob dies mit oder gegen Bethmann geschehen würde, war für Erzberger zu diesem Zeitpunkt noch offen. Dieser Widerspruch in der Zielsetzung zwischen der Obersten Heeresleitung und den verständigungsbereiten Parlamentariern durchzog die gesamte Juli-Krise.

Der Verlauf der Juli-Krise braucht hier nicht näher geschildert werden. Ausgelöst wurden die Ereignisse durch Erzberger, der erst im Hauptausschuss des Reichstages das Scheitern des U-Bootkrieges rücksichtslos enthüllte und dann eine Friedensaktion des Reichstages vorschlug. Entscheidend für den Zeitpunkt seines Vorstoßes vom 6. Juli waren zwei Dinge. Zum einen hatten weder Bethmann Hollweg noch die Marine auf seine Analysen zum U-Bootkrieg reagiert und zum anderen drohte die Sozialdemokratie inzwischen offen damit, die Politik der Bewilligung der Kriegskredite nicht länger fortzuführen, wenn nicht die deutsche Seite eine eindeutige Erklärung im Hinblick auf die Kriegsziele abgeben werde, die auch in der Bevölkerung der Entente-Staaten wirken werde³⁹. Damit wäre auch der letzte Rest des Burgfriedens verloren gewesen und die innere Uneinigkeit in Deutschland offen zu Tage getreten.

In der ersten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, der vor Erzbergers Vorstoß hinter den Kulissen bereits vorbereitet worden war, wurde endgültig deutlich, an wen der Friedensschritt des Reichstages gerichtet sein würde. So fragte der nationallibe-

36 Erzberger an Stockkammern, 29.5.1917, NL Erzberger, 41.

37 Erzbergers Aufzeichnung über das Gespräch vom 10.6.1917, NL Erzberger, 18. Vgl. auch EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 209.

38 Erzberger an Fritz Thyssen, 11.6.1917, NL Erzberger, 60.

39 Zur Lage der Sozialdemokratie unmittelbar vor der Juli-Krise s. OPPELLAND, Reichstag (wie Anm. 9), 243ff.

rale Abgeordnete Richthofen, der seit einer gemeinsamen Reise an die Ostfront im Frühjahr des Jahres eine enge Verbindung zu Erzberger hielt:

*Erzberger will den Frieden. Geht das mit der heutigen Regierung? Oder müsste die Regierung geändert werden? Kann Zimmermann z.B. einen Frieden mit den USA machen?*⁴⁰

Erzberger ging auf diese Fragen nicht ein und schien zunächst eine Personaldebatte verhindern zu wollen. Nachdem aber einige Abgeordnete davon sprachen, dass nur Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Zimmermann aufgrund seines berühmten Telegramms gegenüber den USA nicht mehr tragbar sei, enthüllte er die Informationen, die er von Bernstorff über Bethmanns Politik um den Jahreswechsel 1916/17 erhalten hatte. Die Wirkung auf die Sozialdemokraten und die Linksliberalen war enorm. Die Autorität des Kanzlers war nunmehr gänzlich erschüttert und Pläne für ein Majoritätsministerium unter Bethmann waren erledigt. Erzberger war schon zuvor ins Lager der Anhänger des Alt-Reichskanzlers Bülow übergelaufen, den er während seiner italienischen Mission schätzen gelernt hatte. Der Zeitpunkt für seine Enthüllungen im Interfraktionellen Ausschuss war ideal gewählt, um die Position Bethmann Hollwegs auszuhehlen.

Mit neuen Männern und einer parlamentarisch kontrollierten Regierung, das stellte sich nunmehr in aller Deutlichkeit als Erzbergers Ziel heraus, wollte er ein neues, in erster Linie an die USA gerichtetes Friedensangebot unterbreiten⁴¹. Damit orientierte er sich eindeutig an den von Bernstorff gewiesenen Bahnen. Letztlich ist er jedoch gescheitert. Die Oberste Heeresleitung erwies sich als der stärkere Teil des »Bündnisses gegen Bethmann« und setzte den außenpolitisch unbedarften Georg Michaelis als neuen Reichskanzler durch. Dieser konnte die Friedensresolution des Reichstages zwar nicht verhindern, war aber, wie sich wenig später zeigte, auch keineswegs bereit, sich und damit die Außenpolitik des Deutschen Reiches der parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Mit dem innenpolitischen Scheitern war aber auch Erzbergers revolutionärer Versuch, aus dem Reichstag heraus die deutsche Außenpolitik mitzugestalten, vorerst misslungen. Da den Alliierten und den USA die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland natürlich nicht verborgen blieben, war es ihnen ein Leichtes, die Friedensresolution als ein Manöver des letztlich machtlosen Reichstages abzutun. Der Zeitpunkt für eine Friedensaktion war wohl auch schlecht gewählt, da sich die USA in einer Phase der Mobilisierung befanden, in der sie wenig Interesse an einer neuen Vermittlungsaktion hatten. Anscheinend hatte auch Erzberger ebenso wenig wie Graf Bernstorff begriffen,

40 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, bearb.u. eingel. von Erich MATTHIAS unter Mitwirkung von Rudolf MORSEY, 2 Hbde. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. Reihe 1), Düsseldorf 1959, hier: I, 6. [Im Folgenden zit. als IFA].

41 Auf der Sitzung des Parteiausschusses des Zentrums vom 23. und 24. Juli 1917 rechtfertigte er seine Politik noch einmal mit dem Verweis auf die Bedeutung der materiellen Überlegenheit der USA: *Man habe versucht & versuche noch immer, die Hilfe Amerikas für die Entente herabzusetzen. Aber es sei kein Zweifel, daß diese sehr fühlbar würde, nicht nur finanziell, sondern auch militärisch. Ehe Amerika kräftig in den Krieg eingreifen könne – was im Frühjahr 1918 der Fall sein werde – müsse man unbedingt aus dem Krieg heraus sein.* Prot. von Carl Bachem, NL Bachem, 791. Von der päpstlichen Friedensaktion, die er mit der Friedensresolution des Reichstages EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 210f., zufolge vorbereiten wollte und die bei der Zentrumsparterie zweifellos besonderes Gewicht gehabt hätte, ist in Erzbergers Rechtfertigung indes nicht die Rede. Stattdessen erfolgt zweimal der Verweis auf die amerikanische Politik. Zur Frankfurter Versammlung insgesamt s. ebd., 229ff.

dass mit dem Kriegseintritt der USA eine neue Lage entstanden war. Die Vereinigten Staaten waren nun einer der Feinde Deutschlands und kein neutraler Vermittler mehr.

Trotz aller dieser Bedenken bleibt festzuhalten, dass Erzbergers Ausgangspunkt, die Überzeugung, dass der Krieg im Westen militärisch nicht mehr zu gewinnen war, an der er auch in der Folgezeit, ohne sich von den Erfolgen im Osten blenden zu lassen, festhielt, richtig war. Darin war er fast allen anderen bürgerlichen Politikern weit voraus. Der Versuch, aus dieser Einsicht die Konsequenzen zu ziehen, hätte vielleicht besser und längerfristig vorbereitet werden müssen, aber er musste gewagt werden, auch wenn er letztlich scheiterte. Am Ende bestand der einzige greifbare Erfolg der Friedensresolution darin, die (Mehrheits-) Sozialdemokratie wieder in einen Konsens einzubinden und eine neue – wenn auch schwache und sehr heterogene – Reichstagsmehrheit zu schaffen, deren Programm in der Befürwortung eines Verständigungsfriedens und nicht mehr der Annexionen bestand. Es würde jedoch zu kurz greifen, wenn man Erzbergers Intentionen allein vom Ende, von dieser innenpolitischen Wirkung her interpretieren wollte⁴².

III. Erzberger als realpolitischer Vordenker des Völkerbundes in Deutschland

Unter der Regierung des Zentrumspolitikers Graf Hertling, zu dem Erzberger früher ein gutes Verhältnis hatte, das sich aber rapide abgekühlt hatte, seit dieser im Herbst 1917 die Kanzlerschaft übernommen hatte, verlor Erzberger weitgehend seinen Einfluss. Mehr oder weniger hilflos musste Erzberger zuschauen, wie die letzte, zaghafte Gelegenheit, einen Verhandlungsfrieden anzubahnen, die sich in Erzbergers Sicht mit der berühmten 14-Punkte-Rede des amerikanischen Präsidenten Wilson vom Januar 1918 verband⁴³, vertan wurde. Hertling hatte im Ton moderat, aber unnachgiebig Wilsons Position Punkt für Punkt abgelehnt, wobei er lediglich in den allgemeinen Punkten, etwa zum Völkerbund, eine unverbindliche Sympathie erkennen ließ. Erzberger konnte daran nichts ändern. Es war offenkundig, dass Hindenburg und Ludendorff, die während der Kanzlerschaft Hertlings die Richtlinien der Politik bestimmten, nicht an Verhandlungen, sondern an die letzte entscheidende Offensive im Westen, die den Sieg bringen sollte, dachten. Erzberger war in der fast tragischen Position, mit ansehen zu müssen, wie die Dinge in eine Richtung liefen, die letztlich zur deutschen Niederlage führen musste, ohne selbst etwas beeinflussen zu können.

Während seine Versuche, in Deutschland eine durch den demokratisch gewählten Reichstag kontrollierte Außenpolitik durchzusetzen, weitgehend gescheitert bzw. durch kleinere Zugeständnisse entschärft worden waren, nutzte Erzberger die Zeit seines geringeren Einflusses, um sich über die Inhalte der zukünftigen deutschen Außenpolitik klar zu werden. Das Ergebnis dieser Bemühungen war seine Schrift über den Völkerbund⁴⁴, mit der er der deutschen Öffentlichkeit wieder einmal voraus war. Erst nach

42 Dies ist bei LOTH, Katholiken (Anm. 7), 330 (insb. Anm. 16) angedeutet, dass es Erzberger weniger um einen Verhandlungsfrieden als um die »Rettung der inneren Front« gegangen sei. Letzteres spielte natürlich eine große Rolle, war aber nicht das primäre Ziel Erzbergers.

43 Erzberger sah in Wilsons Rede *eine diskutabile Grundlage* und hoffte, dass der *Faden gesponnen* werden könne, IFA, II, 128f.

44 Matthias ERZBERGER, *Der Völkerbund. Der Weg zum Weltfrieden*, Berlin 1918. Dieses kleine Buch ist sehr unterschiedlich beurteilt worden; EPSTEIN, *Erzberger* (wie Anm. 3), 285, kommt zu

dem Scheitern der Offensive im Sommer 1918 war der Völkerbund plötzlich als letzter Strohalm der Hoffnung auf erträgliche Friedensbedingungen in aller Munde.

Das Auffällige an dieser Schrift, die natürlich an ein deutsches Publikum gerichtet war, ist nun, dass wiederum ein sehr enger Bezug zur amerikanischen Politik besteht. So wie Erzberger mit seiner Politik der Parlamentarisierung auf die Wirkung in den USA, speziell bei Wilson, zielte, so sah er auch bei einer deutschen Völkerbundspolitik in den USA den politischen Partner.

Die eigentlichen Elemente der von Erzberger entworfenen Völkerbundspolitik waren nicht sonderlich originell. Das Prinzip der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, die Forderung nach Abrüstung und nach der Freiheit der Meere hatten alle ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert und sind in verschiedenen Reden sowohl von Staatsmännern der Entente und der Mittelmächte als auch in besonderem Maße von Wilson, dessen primäres Kriegsziel die Errichtung des Völkerbunds war, aufgegriffen worden⁴⁵. Ganz konsequent ist Erzberger jedoch in seiner Bereitschaft, gegen die noch immer in Deutschland herrschende Stimmung Wilson zu verteidigen:

Man ist gewohnt, Wilson in Deutschland als den Prototyp des Heuchlers anzusehen, der hinter einer pazifistischen Maske pro-englische Politik treibt. Es genügt, auf die von Wilson stets vertretene Forderung der Freiheit der Meere hinzuweisen, um den Gegensatz, in welchem Wilson zu England steht, zu erkennen. Das Allbритentum sieht in Wilson eher seinen Feind als seinen Freund, obwohl man in England Wilsons Zielen offiziell zustimmt. Wilson treibt lediglich amerikanische Politik. Es war gewiss sein Ehrgeiz, aber es waren auch tief-realpolitische Momente, die es ihm zur Aufgabe machten, als Friedensbringer aufzutreten⁴⁶.

Erzberger versucht hier in den Begriffen, die dem Publikum vertraut waren, insbesondere der Begriff der Realpolitik, die Politik Wilsons rational verständlich zu machen. Die Grundtatsache des Gegensatzes zwischen England und den USA in der Frage der Freiheit der Meere hat er zweifellos richtig erkannt. Dabei geht er indes nicht soweit, Hoffnungen zu wecken, es könne in letzter Minute zu einem Bruch zwischen England und den USA kommen: *Wilson will allerdings [...] mit England den Weg des Sieges⁴⁷.*

Dennoch hat auch Erzberger zu den verhängnisvollen Illusionen beigetragen, die gegen Kriegsende im Hinblick auf die Politik, die Ziele und die Macht Wilsons, diese Ziele auch durchsetzen zu können, in Deutschland bestanden. Auch er überschätzte die Machtfülle des amerikanischen Präsidenten:

In dem Maße, wie die amerikanische Beteiligung [am Krieg] an Bedeutung wuchs, wuchs auch der politische Wille gegenüber der Entente. Wilson ist es, der, wenn auch nicht sicht-

einem eher kritischen Gesamturteil, da Erzberger die Zukunft »in viel zu rosigen Farben« schildere und die Beharrungskräfte der alten Politik unterschätze. Eine ähnlich kritische Sicht ist zu finden bei Leo HAUPTS, *Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges?* Düsseldorf 1976, 136f. Dagegen sieht Heinrich LUTZ, *Demokratie im Zwielficht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914–1925*, München 1963, 60, die Schrift trotz des vorherrschenden Optimismus eher positiv.

⁴⁵ Erzberger selbst zählt im ersten Kapitel der Völkerbundsschrift eine ganze Reihe dieser Reden auf. ERZBERGER, *Völkerbund* (wie Anm. 44), 6ff. Zum Völkerbundsgedanken allgemein vgl. Ursula FORTUNA, *Der Völkerbundsgedanke in Deutschland während des Ersten Weltkrieges*, Zürich 1974.

⁴⁶ ERZBERGER, *Völkerbund* (wie Anm. 44), 12.

⁴⁷ Ebd., 13.

*bar, die Oberhand hat und sich freie Hand vorbehält, zum Beispiel bezüglich der Wirtschaftsfragen nach dem Kriege*⁴⁸.

Wahrscheinlich konnte sich niemand im Sommer bzw. Frühherbst 1918 schon klarmachen, dass der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte bevorstand und dass, wenn dieser einmal eingetreten sein würde, die Einflussmöglichkeiten Wilsons erheblich reduziert sein würden. In dem Moment, da europäische Staatsmänner nicht mehr auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen waren, verfolgten sie ihre eigenen Ziele mit großer Verbissenheit. Dies zeichnete sich schon bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand ab, in dem entgegen Wilsons ursprünglichen Plänen Deutschland weitgehend entwaffnet wurde⁴⁹. Mit der Überschätzung der Möglichkeiten Wilsons und der Fehleinschätzung des Charakters des Völkerbunds gingen in Deutschland Illusionen einher über den Frieden, den man von Wilson erwarten könne. Diese Illusionen hat Erzberger bis zu einem gewissen Grade geteilt. Zwar war er sich völlig darüber klar, wie die englische Idee eines Völkerbundes aussah, aber auch er überschätzte Wilsons Möglichkeiten, seine Völkerbundskonzeption durchzusetzen. Darin spiegelt sich einmal mehr die für Erzberger typische Mischung aus scharfsinniger Analyse und einem etwas leichtfertigen Optimismus.

Ähnlich wie in der Frage der Parlamentarisierung der Außenpolitik des Deutschen Reiches orientierte sich Erzberger in seiner Völkerbundspolitik an den Vorgaben aus den USA. Wie er 1917 an der innenpolitischen Übermacht der Obersten Heeresleitung gescheitert ist, so scheiterte er mit seiner Völkerbundskonzeption am Ausmaß der deutschen Niederlage, das er im September, als die Schrift veröffentlicht wurde, noch nicht erkannt hatte, obwohl die entscheidende militärische Niederlage schon mehr als einen Monat zurücklag.

Im August 1917 schrieb Erzberger einem Zeitungsredakteur, der ihn im Hinblick auf seine Unterstützung der Friedensresolution wegen seiner Prinzipienlosigkeit kritisiert hatte, folgende Zeilen:

*Was ich vor 2 1/2 Jahren gesagt und geschrieben habe, war der damaligen Kriegslage angepasst; nur ein politischer Idiot kann im Jahre 1917 das Kriegsziel noch so stecken wie 1914/15*⁵⁰.

Dieses Wort weist Erzberger als einen Realpolitiker im besten Sinne des Wortes aus, als einen Politiker, der sich in seiner Beurteilung der Ziele und Interessen nicht an abstrakten Prinzipien, sondern an der Realität orientiert. Zugleich zeigt es, wo Erzberger selber den Bruch ansetzt, nämlich Anfang 1916. In dieser Zeit hat er begriffen, dass der Krieg mit militärischen Mitteln nicht mehr zu gewinnen war. Als Konsequenz aus dieser absolut zutreffenden Erkenntnis hat er seine politische Konzeption immer stärker auf die USA ausgerichtet. Es zeigt zugleich, wie weit Erzberger aufgrund seiner »Unvoreingenommenheit«, auch, wenn man so will, seiner »Anmaßung« und durch die Sicherheit seines eigenen Urteils dem weit überwiegenden Teil der übrigen bürgerlichen Politiker überlegen war. Seine Bereitschaft, sich unter dem Eindruck neuer Erkenntnisse und einer veränderten Realität von Wunschdenken und billigen Ressentiments zu lösen und

48 Ebd.

49 Vgl. SCHWABE, Wilson (wie Anm. 34), 81. Zur Relativierung von Wilsons wirtschaftlicher Macht s. ebd., 98. Zur Rolle Erzbergers bei den Waffenstillstandsverhandlungen s. EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 3), 314ff., sowie ERZBERGER, Erlebnisse (wie Anm. 13), 326ff.

50 Erzberger an Pfeffer, 30.8.1917, NL Erzberger, 60.

mit der ihm eigenen Entschiedenheit und Tatkraft die Konsequenzen zu ziehen und zu handeln, machen ihn zu einer fast singulären Erscheinung unter den nicht-sozialistischen Politikern des späten Kaiserreichs. Zugleich zogen ihm diese Eigenschaften aber auch den Hass aller jener Politiker zu, die eben nicht fähig waren, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, sondern darin nur einen »Verrat« am Ideal des Siegfriedens erkennen konnten. Dass Erzberger es am 11. November 1918 auf sich nahm, die Niederlage, die andere zu verantworten hatten, mit seiner Unterschrift zu besiegeln und dass er 1919 das Unausweichliche, die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, durchsetzte, steigerte und bestätigte nur einen Hass, dessen Wurzeln älter waren und in die Jahre 1916 und 1917 zurückreichen.

Erzberger war ein Mann, der sich nicht durch seine politische Haltung auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit.

Erzberger war ein Mann, der sich nicht durch seine politische Haltung auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit.

Erzberger war ein Mann, der sich nicht durch seine politische Haltung auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit.

Erzberger war ein Mann, der sich nicht durch seine politische Haltung auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit.

Erzberger war ein Mann, der sich nicht durch seine politische Haltung auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit. Er war ein Mann, der sich nicht durch seine politischen Ansichten auszeichnete, sondern durch seine Persönlichkeit.